

Das ist mir ein bisschen zu privat

Deutschland — u. a. Augsburg

Strom, Wasser, Müllabfuhr: Die Bürger einer Stadt müssen versorgt werden. Die Frage ist nur, ob das Unternehmen besser können oder die Stadt selbst. Fest steht: Nach Jahrzehnten der Privatisierungen wollen einige Bürger und Städte die Versorgung wieder in die eigene Hand nehmen

Von Sabrina Gaisbauer

→ Man muss sich das wahrscheinlich ein bisschen ekelig vorstellen: Wenn die StädterEuropäer in den Städten früher Wasser brauchten, gingen sie zum öffentlichen Brunnen und ließen einen Eimer herab – der dann zuweilen mit einer recht unansehnlichen Brühe wieder hochkam, nicht selten schwammen noch Fäkalien darin. Ein Segen war es daher, als die ersten städtischen Wasserleitungen in Betrieb gingen, in Augsburg gab es schon 1433 eine.



Die Stromversorgung ist Aufgabe der Stadt. Deswegen darf man auch den Verteilerkasten an der Straße nicht einfach zum Kunstwerk machen. Eigentlich

Vor allem ab 1870 wurde vielen gerade industrialisierten deutschen Städten klar, dass es chaotisch enden könnte, die wachsenden Menschenmassen sich selbst zu überlassen: Zu den Wasserleitungen kamen nun Müllabfuhr, Gasnetze oder Stromleitungen hinzu. Doch Stadtwerke waren nicht überall in Europa eine Selbstverständlichkeit. Als sich im 19. Jahrhundert in schnell wachsenden englischen Städten wie Birmingham der Müll türmte und Arbeiter in engen Zimmern zusammengepfercht ohne fließend Wasser ihr Dasein fristeten, sah die sozialreformerische „Fabian Society“ die Städte in der Pflicht, die Probleme zu lösen. Von den Manchester-Liberalen aber wurden städtische Bemühungen, infrastrukturelle Dienstleistungen zu schaffen, als marktfremder „municipal socialism“ verspottet. Doch schließlich setzte sich auch in England die Überzeugung durch, dass der Staat mit einem öffentlichen Sektor nicht nur für glücklichere Bürger, sondern auch für Wirtschaftswachstum sorgen kann. Nach 1945 verstaatlichte die britische Labour-Regierung Schlüsselindustrien und Stromwirtschaft.

Bis es – zwei Ölkrise und einen riesigen Schuldenberg später – in den 1980er- und 1990er-Jahren zu einem radikalen Wandel kam: „Die Briten haben sich vom Sozialismus verabschiedet“, verkündete Margaret Thatcher bei ihrem ersten Wahlsieg 1979. Die konservative Premierministerin, die „Eiserne Lady“ genannt, sorgte für umfassende Privatisierungen wie der des Energiesektors 1989, zudem hielten neue Arten der Steuerung in den öffentlichen Sektor Einzug: Vertragsmanagement, Ergebnis-Orientierung, Dezentralisierung – das waren die betriebswirtschaftlichen Zauberwörter jener Zeit.

Weg vom trägen Wohlfahrtsstaat hin zum effizienten „schlanken Staat“, so lautete auch bald das Motto im wiedervereinigten Deutschland. Dort kurbelte vor allem die Europäische Union die Privatisierungen im kommunalen Raum mächtig an. Auf dem gemeinsamen Binnenmarkt sollten nämlich bei öffentlichen Ausschreibungen alle Unternehmen unter gleichen und fairen Bedingungen mitmachen können; weder staatliche Monopole noch Subventionen sollten einige Auserwählte besserstellen. Dumm gelaufen für die Stadtwerke: Das

an eine EU-Richtlinie angelehnte Energiewirtschaftsgesetz von 1998 stärkte besonders Energiekonzerne wie RWE, EnBW und Vattenfall, der Marktanteil der Stadtwerke hingegen schrumpfte. Im Gegensatz zum Strom blieb die Wasserversorgung oftmals bei den Kommunen, allerdings nahmen die Wasserwerke vielerorts Großunternehmen als Aktionäre an Bord.

Die ambitionierten Pläne gingen leider nicht überall auf. „Es gab einige Privatisierungen, die funktioniert haben, andere, die nicht funktioniert haben. Sei es, weil man den falschen Partner ausgewählt hatte, ihn nicht richtig überwachte oder die Kriterien ungenau formuliert hat“, sagt Martin Burgi, Staatsrechtler an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Hellmut Wollmann, emeritierter Professor für Verwaltungslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin, schrieb in einem Text, dass Untersuchungen nahelegten, „dass der kommunale Sektor in der effizienten Erbringung öffentlicher Dienstleistungen dem privaten Sektor ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen ist“. Das gelte gerade für die immer wichtiger werdenden grünen Technologien. „Die kommunalen Betreiber haben mehr Erfahrungen und daher eine deutliche Stärke im Umgang mit Techniken für erneuerbare Energien.“ Ein weiteres Argument der Kommunalisierungsbefürworter ist, dass die Bürger von Überschüssen profitieren könnten: Die werde ein kommunales Stadtwerk eher als ein rein marktgesteuertes Unternehmen in die Qualität und einen günstigen Verbraucherpreis stecken oder auch dafür nutzen, die Umwelt zu schützen. Das Geld bleibe in der Region.

Auf der anderen Seite läuft es auch in kommunaler Hand nicht automatisch rund. Korruptionsskandale wie beim Kölner Abfallentsorger AVG vor über zehn Jahren zeigen, dass auch eine Versorgung in mehrheitlich öffentlicher Hand zu eigenen Vorteilen ausgenutzt und zum Spielball der Politik werden kann.

Ob nun rein private Anbieter, kommunale oder Mischformen den Job besser machen, lässt sich nicht genau

sagen. Wissenschaftler untersuchen eher Einzelfälle. Dennoch läuten bei vielen Bürgern und Politikern die Alarmglocken, wenn Privatisierungen im Gespräch sind. Woran liegt das? Staatsrechtler Burgi ist sich sicher: Die Finanzkrise ist schuld. „Sie hat das Vertrauen in Märkte und Private erschüttert, über die Parteien hinweg“, erklärt er. „Die Region – die Stadt – wirkt hingegen berechenbarer.“

In Berlin befindet sich seit Jahren ein kommunales neues Stadtwerk in Gründung. Vierterorts treten Bürgerinitiativen dafür ein, dass Teile der Daseinsvorsorge wieder direkt von den Kommunen übernommen werden, also die Grunddienste einer Stadt in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser sowie Verkehr und Soziales (beispielsweise Krankenhäuser). Kommunalisierungen feiern ihr Comeback, besonders im Energiesektor: Ein Teil der auf 20 Jahre begrenzten Verträge – sogenannte Konzessionen – mit Versorgungsunternehmen für Strom und Gas läuft näm-

lich gerade aus. Zahlreiche Kommunen können dann erneut entscheiden, wer den Job machen soll. Laut dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. haben seit dem Jahr 2007 inzwischen 234 Kommunen die Konzessionen ihrer Strom- und Gasnetze wieder selbst in die Hand genommen, und über 140 Stadtwerke wurden seit 2005 neu gegründet.

Erst im Juli dieses Jahres sprachen sich über 70 Prozent der abstimmenden Augsburger gegen eine Fusion der Energiesparte der Stadtwerke mit Erdgas Schwaben aus, die von ihren Gegnern als „Weg in die Privatisierung“ bezeichnet wurde. „Die Leute glauben diesen neoliberalen Irrsinn nicht mehr, dass wir unbedingt Wettbewerb und Konkurrenz brauchen und dass Privatisierungen, Fusion und Größerwerden die einzigen Lösungen darstellen“, unterstreicht Bruno Marcon, Sprecher der Bürgerinitiative „Augsburger Stadtwerke in Augsburger Bürgerhand“. Es scheint so, als sei die Idee der Versorgung durch die eigene Stadt heute so erfrischend wie vor rund 600 Jahren – als die erste Wasserleitung in Augsburg in Betrieb ging. ←

**Es gab eine
Zeit, da wurden
viele städtische
Versorger
privatisiert.
Mittlerweile
geht es
in die andere
Richtung**